

10.11.1918

200

Vor der Entscheidung.

Die Stunde der Entscheidung naht. In den nächsten Wochen wird es sich entscheiden, ob der völlermordende Krieg endlich beendet werden oder ob er noch jahrelang fortbauern, noch jahrelang ganz Europa verwüsten, die Kraft aller Völker zerstören soll. Noch nie seit dem Beginn des grauenvollen Ringens war die Möglichkeit so nahe gerückt, den Krieg zu beenden; aber noch nie war auch die Gefahr so groß, daß die Völker alle Friedenshoffnung begraben und sich mit dem Gedanken abfinden müssen, noch jahrelang ihre Söhne an der Front dem Tode, ihre Kinder im Hinterland den bittersten Entbehrungen preiszugeben.

Noch nie seit dem Beginn des Krieges war die Hoffnung der Völker auf den Frieden so wohlberechtigt wie heute. Denn zwei gewaltige weltgeschichtliche Ereignisse wirken heute zusammen, die Widerstände gegen den Frieden zu schwächen. Die Siege unserer Waffen in Italien und der Sieg der Arbeiter und Soldaten in Rußland — beide Ereignisse erschüttern die Macht des britisch-französischen Imperialismus, der der kriegsmüden Welt den Frieden verweigert, beide geben den Staatsmännern der Mittelmächte die Möglichkeit, den Frieden herbeizuführen, wenn sie nur wollen.

Der italienische Imperialismus ist geschlagen. Triest und Trient mit Waffengewalt zu erobern hat Italien keine Aussicht mehr. Den Krieg fortzusetzen hat für Italien keinen Sinn, keinen Zweck mehr. Italien wird den Frieden nicht ausschlagen, wenn ihm nur ein billiger, ehrenvoller Friede angeboten wird. Aber auch dem britischen und dem französischen Imperialismus ist in der venezianischen Ebene ein schmerzlicher Schlag versetzt worden. Denn nur zum Vergnügen führen auch England und Frankreich den Krieg nicht fort. Sie haben bisher alle Friedensvorschläge zurückgewiesen, weil sie Deutschland im Jahre 1918 oder im Jahre 1919 zu besiegen hofften; aber die empfindliche Schwächung, die die Entente durch die Niederlage in Italien erleidet, und der sieghafte Beweis ungebrochener Kraft, den die Mittelmächte in Italien erbracht haben, verkleinern die Siegeshoffnung der Entente. Auch mit England und Frankreich wird heute über den Frieden leichter zu reden sein als noch vor einem Monat.

Aber erleichtern es schon die Ereignisse in Italien, zum Friedensschluß zu gelangen, so entfesseln die Ereignisse in Rußland eine Kraft, die mächtig dem Frieden zudrängt. Die Regierung Kerenskis, die seit dem Juli nur noch ein Organ der nationalistischen Kadettenpartei, der Partei der imperialistischen Bourgeoisie war, ist gestürzt. Der Minister des Außern Tereschtschenko, der seit dem Ausscheiden Beretellis aus der Regierung ganz unter den Einfluß des Kadettenführers Miljukow geraten war, sitzt als Gefangener der Petersburger Arbeiter in der Peter-Paul-Festung, und gegen Kerenski, der sich seine politischen Weisungen im Palast der englischen Botschaft zu holen gewohnt war, ist der Stiefbrief erlassen. Die Männer, die heute in Petersburg die Macht haben, sind die unverdächtigsten Gegner des Imperialismus, die leidenschaftlichsten Kämpfer für den Frieden.

Die ganze russische Demokratie hat sich sofort nach der Märzrevolution das Ziel gesetzt, einen baldigen Frieden, einen „Frieden ohne Annexionen und Kontributionen auf der Grundlage des Selbstbestimmungsrechtes der Völker“ herbeizuführen. Im Ziele bestand zwischen den drei Parteien, in die die russische Demokratie sich gliedert, den Sozialdemokraten-Volschewiki, Sozialdemokraten-Menschewiki und den Sozialisten-Revolutionären, kein Unterschied. Aber um die Mittel, dieses Ziel zu erreichen, ging der Streit. Bisher hatten die gemäßigten demokratischen Parteien, die Menschewiki und der rechte Flügel der Sozialisten-Revolutionäre, die Führung. Sie, die Beretelli und Tschaidse, die Goh und Argentjew, hielten in Rußland an der Koalition mit der Kadettenpartei, in der Welt an Bündnis mit England und Frankreich fest. Dadurch aber machten sie es sich unmöglich, ihr Ziel zu erreichen. Sie konnten Rußlands Kraft nicht für den Frieden einsetzen; denn bei jedem Schritte hemmte sie der Einspruch der Kadetten, mit denen sie doch nicht zu brechen wagten. Sie konnten England und

Frankreich zum Frieden nicht bringen und wagten es doch nicht, sich von den Verbündeten zu trennen. So redlich und stark ihr Friedenswille war, scheiterte doch all ihr Bemühen an dem Widerstand der russischen Bourgeoisie, an die sie durch die Koalition, und der englischen und französischen Bourgeoisie, an die sie durch das Bündnis gefesselt blieben.

Jetzt aber ist die Führung der Demokratie und damit auch die Macht im Staate in die Hände der radikalere demokratischen Parteien, der sozialdemokratischen Volschewiki und des linken Flügels der Sozialisten-Revolutionäre, übergegangen. Die Lenin und Trozkij, die Kjasanow und Kamenejew, die Kamelow und Tschernow lehnen jede Koalition mit bürgerlichen Parteien ab; die Demokratie wird allein regieren, die Bourgeoisie von der Macht völlig ausgeschlossen sein. Der Friedenswille der russischen Demokratie wird nicht mehr durch kadettische Klänge zu wirken behindert sein. Die Männer, die heute die russische Demokratie führen, sind aber nicht nur Gegner der Koalition mit der russischen, sie sind auch Gegner der Koalition mit der englischen und französischen Bourgeoisie. „Das russische Proletariat ist mit den Proletariern Deutschlands und Oesterreichs ebenso verbündet wie mit den Proletariern Englands und Frankreichs; es ist den kapitalistischen Regierungen Englands und Frankreichs ebenso feind wie den kapitalistischen Regierungen Deutschlands und Oesterreichs“ — das war vom ersten Tage der Revolution an die Stellung der Volschewiki zu den „Verbündeten“ in London und Paris. Sie haben die Eingriffe des englischen Botschafters in die innere Politik Rußlands heftig bekämpft, den kapitalistischen und imperialistischen Charakter der Kriegsziele Englands schonungslos aufgedeckt. Aus Gefolgsmännern des britischen Imperialismus wird die neue demokratische Regierung Rußlands nicht bestehen.

Die Enttäuschung über die Fortdauer des Krieges hat Kerenskis Regierung zu Falle gebracht. Der Friedenswille der Volksmassen führt die Volschewiki zur Macht. Die neue Regierung, von mächtigen Feinden bedroht, wird vor den Massen nur dann bestehen, ihre Macht nur dann behaupten können, wenn sie dem Lande ehe baldigt den Frieden zu bringen vermag. Die Regierung der russischen Demokratie wird in jeder Stunde bereit sein, den Frieden zu schließen, wenn die Mittelmächte zu einem Frieden bereit sind, der kein russisches Lebensinteresse bedroht und keinen Grundsatz der Demokratie verletzt. Und England, Frankreich, Italien, deren Widerstand gegen den Frieden durch die Ereignisse in Italien geschwächt ist, werden es schwerlich wagen, allein, ohne des großen Rußland Hilfe, den Krieg fortzusetzen.

Der Friede ist also möglich, leichter möglich denn jemals seit dem Beginn des Krieges. Aber er ist es freilich nur unter einer Voraussetzung: nur wenn die Mittelmächte wirklich entschlossen sind, den Feinden einen Frieden anzubieten, der keines Volkes Lebensinteresse verletzt. Denn darüber täusche man sich nicht: auch eine demokratische Regierung Rußlands, auch eine Regierung, an deren Spitze Lenin und Trozkij stehen, wird keinen Frieden schließen, der dem russischen Volkskörper unheilbare Wunden schlägt; und gerade eine demokratische Regierung Rußlands wird keinem Frieden zustimmen, der dem demokratischen Prinzip des Selbstbestimmungsrechtes der Völker widerspräche. Wollen die Mittelmächte einen solchen Frieden, dann ist der Friedensschluß trotz den Siegen in Italien und trotz der neuen Revolution in Rußland unerreichbar. Dann geht der günstige Augenblick ungenützt vorüber. Dann wird der Friede erst möglich, wenn die eine oder die andere der beiden Mächtegruppen niedergerungen ist. Und ehe das geschieht, wird noch lange Zeit vergehen! Wollen die Mittelmächte einen Frieden ohne Vätererwerb in irgend einer Gestalt, ohne jede Beschränkung der politischen, wirtschaftlichen und militärischen Selbstständigkeit ihrer kleineren Nachbarn jetzt nicht schließen, dann müssen sie damit rechnen, daß der Krieg nicht nur noch ein Jahr, daß er wahrscheinlich noch mehrere Jahre dauern wird.

Der Graf Czernin versichert uns heute, daß die Befürchtungen der letzten Tage unbegründet gewesen seien. Sein Ziel sei heute wie vormals ein baldiger, für beide Teile ehrenvoller Friede. Ist das wahr, dann ist jetzt die Stunde, dem Worte die Tat folgen zu lassen.

Die Aussichten der neuen Regierung.

Stockholm, 8. November. (Tel. d. Arb.-Ztg.) Heute erließ die hiesige Zimmerwalder-Kommission gemeinsam mit der Auslandsvertretung der Volschewiki einen Aufruf an das internationale Proletariat. Es heißt darin, daß die Ereignisse in Petersburg der Verwirklichung des Programms: „Friede ohne Annexionen und ohne Kontributionen auf der Grundlage des Selbstbestimmungsrechtes des Volkes“ dienen, für welches Programm die bisherigen revolutionären russischen Regierungen nichts taten, um es auf die Tagesordnung zu stellen. Der Aufruf fordert die Vertreter aller Parteien, die den Kampf für den Frieden wollen, auf, nach Stockholm zu kommen.

Dazu ist zu bemerken, daß die Verfasser des Aufrufes bisher ohne direkte Verbindung mit Petersburg sind, also aus eigener Initiative handeln. Aus einem Gespräch mit einem Mitglied des Zimmerwalder-Komitees erfuhr ich, daß die österreichische und die ungarische Partei sowie die unabhängige Partei Deutschlands eingeladen werden, dagegen halte sich das Comité insolge der Würzburger Resolution nicht für befugt, die deutsche Sozialdemokratie einzuladen, so lange diese nicht eine wirkliche Friedensaktion führe. Mein Gewährsmann gab allerdings zu, daß es ein Widerspruch ist, wenn die Volschewikische Regierung mit bürgerlichen Regierungen verhandeln wolle, aber nicht mit einer sozialistischen Partei, und daß ferner ein Widerspruch darin besteht, daß Verhandlungen mit der Regierung gefordert werden, während früher die Taktik der Volschewiki eine andere war und auch noch im Aufruf, wo dieser auffordert, auf der Straße und mit Massenstreiks den Willen des Proletariats zu bekunden, nachklinge. Man gab auch zu, daß die Lage Rußlands schnelle Verhandlungen zwischen den Regierungen fordere und nicht verschleppende Diskussionen der Parteien, wie es bei der Aktion des Holländisch-Scandinavischen Comité der Fall war.

Man meint indes, daß einige Zeit nötig sein wird, bis die russische Lage soweit konsolidiert ist, daß die Volschewikische Regierung mit internationaler Autorität handeln kann. Daß sie lebensfähig sei, glauben die hiesigen Volschewiki angesichts des allgemeinen Dranges des Landes nach Frieden und angesichts der Erregung der Bauernschaft wegen der Verzögerung der Agrarfrage, wenn sie auch die ungeheuren Schwierigkeiten des desorganisierten Landes und die starken gegenrevolutionären Interessen nicht verkennen. Sie halten die Konstituierung einer Gegenregierung, wenn auch nicht in Moskau, so doch im Süden nicht für ausgeschlossen, meinen aber, daß diese Regierung in der Armee keinen Halt fände.

Ueber die wahrscheinliche Taktik der neuen Regierung in der Friedensfrage meint mein Gewährsmann, daß die Regierung allen Regierungen sofortige Unterhandlungen anbieten werde auf der Grundlage des Verzichtes auf Annexionen; auch auf verschleierte. Man verspreche sich davon eine moralische Wirkung auf die Völker, der die Friedensgegner werden schwer widerstehen können. Wenn auch die russische Demokratie den Krieg nicht bis zur völligen Selbstbestimmung aller Völker, die erst nach einer siegreichen allgemeinen Revolution möglich wäre, fortsetzen wolle, so könne sie doch die Völker nicht verschächern. Andererseits sei aber Rußland außerstande, wegen fremder imperialistischer Interessen, so wegen der Erzlager in Ostpreußen, den Krieg fortzuführen, und es müßte bei der Weigerung der Entente um eine Separatwaffenruhe denken.